

windenergie

Interessengemeinschaft Windkraft Österreich



Dynamische Entwicklung auf EU-Ebene
Neuorientierung der Klima- und Energiepolitik ist voll im Gang
Studie zeigt massiven Handlungsbedarf
Erhebliche Differenzen zwischen Bundes- und Länderzielen
Erstmals Rückgang der Gesamtleistung
2020 war das schwärzste Jahr für Österreichs Windkraftausbau

 /igwindkraft



Die Kinder-Beilage zum Herausnehmen



2020 war in Europa wie auch in den österreichischen Bergen das wärmste Jahr und weltweit eines der drei wärmsten Jahre seit Beginn der Messaufzeichnungen. Das sollte uns allen nicht nur zu denken geben, sondern konkretes, intensives Handeln auslösen. Doch mit Beginn 2021 geht die Windbranche nun ins zweite Jahr ohne neue Fördergelder, da für Windkraft – im Unterschied zu anderen Technologien – im Ökostromgesetz keine Mittel mehr vorgesehen sind. Das lange Warten auf ein Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) geht 2021 also weiter.

In der Energie- und Klimapolitik steht eine Reihe von Gesetzen an. Zum EAG, das die Förderung für die Stromproduktion mit erneuerbaren Energien sichern muss, kommen ein neues Energieeffizienzgesetz, ein Klimaschutzgesetz, eine immer intensivere Diskussion über die ökologische Steuerreform und vieles mehr dazu. Immer öfter wird auch die Frage nach der Förderung der Einspeisung von erneuerbarem Gas in das Gasnetz und die dringend erforderliche Regulierung des fossilen Gassektors damit verschränkt. Ob dies zu sachgerechten Regelungen führt, die den Klimaschutz voranbringen, wenn alles in den typisch österreichischen politischen „Suppentopf“ kommt und kräftig verrührt wird, muss bezweifelt werden. Alles mit allem zu verbinden ist zwar ein nicht unüblicher politischer Prozess, hilft der Sache aber meistens nicht.

Die Windbranche braucht dringend einen nationalen Schulterschluss für eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, damit ein EAG mit guten Regelungen endlich Wirklichkeit werden kann. Es ist Zeit, die Fesseln der „Realpolitik“ abzuwerfen und auf die Klimakrise auch entsprechend zu reagieren! Lasst uns das 21. Jahr des 21. Jahrhunderts zum Wendepunkt der österreichischen Klimapolitik machen. ●

Stefan Moidl
Geschäftsführer der IG Windkraft

Erneuerbare wie das Klima in der Krise

Temperaturen steigen weiter, doch Erneuerbare rückläufig.

Seit 1768 werden in Österreichs Tieflagen die Temperaturen gemessen und statistisch erfasst. Wie Alexander Orlik von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) berichtet, war in diesen rund 250 Jahren 2020 eines der wärmsten, genau genommen das fünftwärmste. Neun der zehn wärmsten Jahre wurden seit 2000 gemessen. 2018, 2019 und 2020 sind unter den fünf wärmsten Jahren seit Messbeginn. „Auf den Bergen“, sagt Orlik, „wo die Messreihe erst im Jahr 1851 beginnt, war 2020 sogar das wärmste Jahr, gleichauf mit 2015.“ Die Daten der ZAMG zeigen, dass im Vergleich zum 30-Jahre-Mittelwert 1961 bis 1990 die Temperatur 2020 um 2,1 °C, 2018 sogar um 2,5 °C gestiegen ist.

Wie die World Meteorological Organization dokumentiert, war 2020 weltweit eines der drei wärmsten je gemessenen Jahre. Und überhaupt war die letzte Dekade 2011 bis 2020 die wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen.

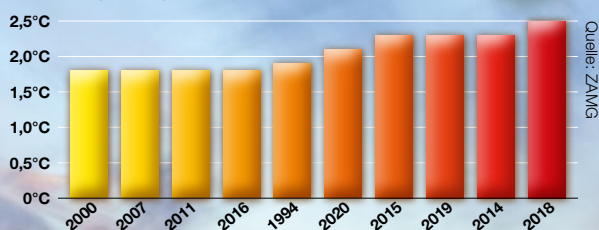
Anteile Erneuerbarer in Österreich rückläufig

Die Temperaturen steigen, die Klimakrise wird drängender, doch in Österreich wird weiterhin diskutiert statt agiert, wird verhandelt statt gehandelt. Substanzielle Ergebnisse auf Basis früherer Maßnahmen sind kaum wahrnehmbar. Die kürzlich von der Statistik Austria veröffentlichte Energiestatistik für 2019 zeigt dies in ernüchternder Weise.

Der Anteil der erneuerbaren Energien (EE) am Gesamtenergieverbrauch ist von 2018 auf 2019 um -0,5 % gesunken. Bei Wärme und Kühlung ist der EE-Anteil um -1,1 %, beim Verkehr sogar um -1,8 % zurückgegangen. Der einzige Sektor, in dem es einen Anstieg gab, war der Stromverbrauch mit +1,3 %. Dieser Zuwachs der Erneuerbaren am Stromverbrauch ist allerdings hauptsächlich auf eine witterungsbedingt überdurchschnittlich hohe Stromerzeugung mit Wasser- und Windkraft zurückzuführen und eine Ausnahmesituation. IGW-Chef Stefan Moidl fordert daher: „Die zunehmende Klimakrise zeigt deutlich, wie wichtig die rasche Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen ist. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung müssen endlich die großen Potenziale der Erneuerbaren und die damit verbundenen Chancen erkennen und den Weg für diese zukunftsorientierten Energien freigeben.“ ●

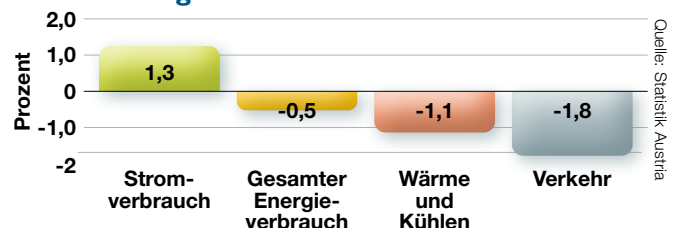
Die 10 wärmsten Jahre in Österreich

Abweichung im Vergleich zum Temperaturmittel 1961-1990



2018, 2019, 2020 zählen zu den fünf wärmsten Jahren, die seit Messbeginn 1768 in Österreich registriert wurden; neun der zehn wärmsten wurden seit 2000 gemessen.

Anteile erneuerbarer Energien in Österreich Veränderung 2018 auf 2019



Die Anteile der Erneuerbaren sind 2019 durchwegs gesunken, nur beim Stromverbrauch gab es wegen überdurchschnittlich viel Strom aus Wasser- und Windkraft eine geringe Steigerung.



KLIMASCHUTZ AUF ALLEN EBENEN ERFORDERLICH

Erhöhter Handlungsbedarf in Österreichs Bundesländern aufgrund ambitionierterer neuer EU-Klima- und Energieziele.

In der Europäischen Union ist derzeit ein intensiver dynamischer Prozess der Neuorientierung der Klima- und Energiepolitik im Gang (siehe S. 6-7). Im September 2020 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, im kommenden EU-Klimagesetz das Emissionsreduktionsziel von derzeit -40 % (im Vergleich zu 1990) auf mindestens -55 % bis 2030 als Zwischenziel auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität bis 2050 festzuschreiben. Der EU-Rat hat dieses Ziel bereits bestätigt, das EU-Parlament fordert sogar -60 %. Wie immer es dann genau festgelegt wird, dieses neu justierte Ziel wird jedenfalls zusätzliche Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Treibhausgasreduktion und damit auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien erfordern.

Die EU peilt dieses deutlich höhere Reduktionsziel auch deswegen an, da die derzeit gesteckten Ziele noch

nicht mit dem Pariser Klimaabkommen zusammenpassen und mit der Neuausrichtung eine Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden soll. Um die neue Zielvorgabe von -55 % umzusetzen, muss die EU die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien weiter steigern. Schon im Juni 2021 will die Kommission dazu Gesetzesvorschläge vorlegen.

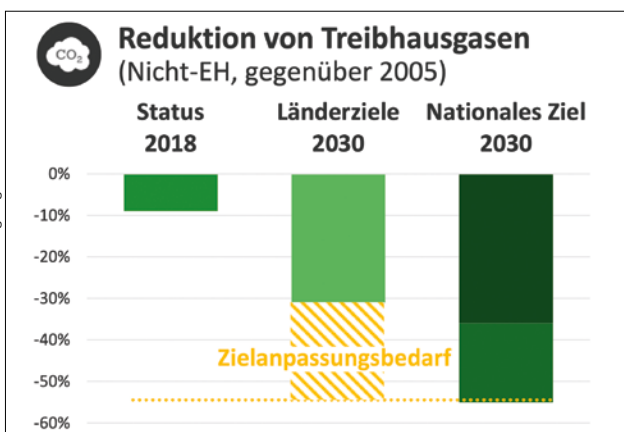
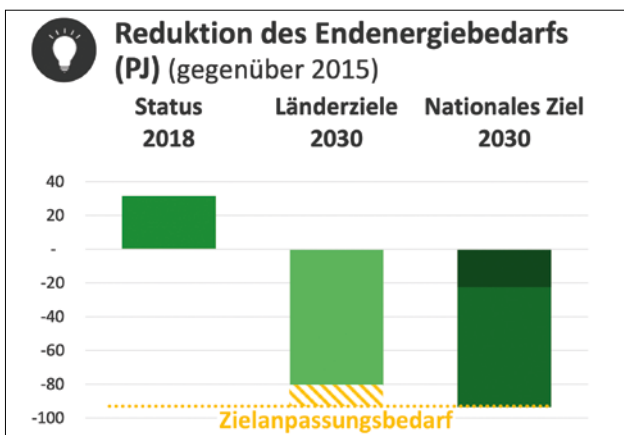
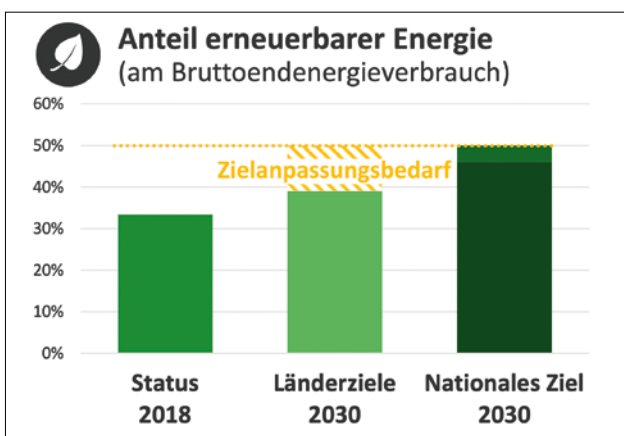
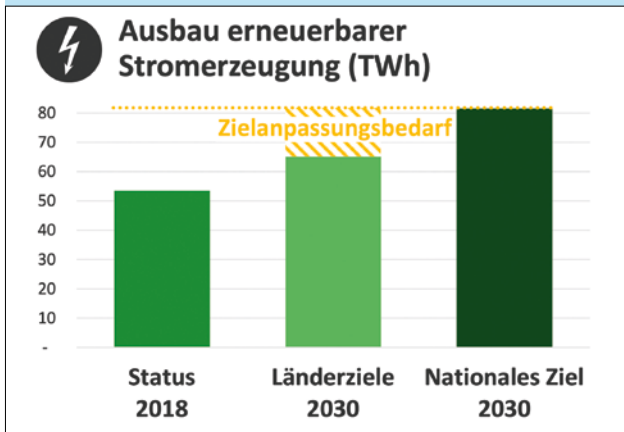
Status und Ziele Österreichs

Im aktuellen Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung wird das Ziel genannt, bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Weiters soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 100 % erhöht werden. Dabei sind zwei Aspekte von entscheidender Bedeutung. Mit dem derzeitigen NEKP (Nationaler Energie- und Klimaplan) ist nicht einmal das Erreichen des bisher geltenden

EU-Emissionsreduktionsziels von -40 % gesichert, wird dieses auf -55 % erhöht, kommen zusätzliche Anforderungen auf den Mitgliedstaat Österreich zu. Zum anderen ist Österreich ein Bundesstaat, der aus neun selbstständigen Bundesländern besteht. Es braucht also das Zusammenwirken von Bund und Ländern, um höhere Klimaschutzziele bis hin zur Dekarbonisierung des Energie- und Wirtschaftssystems zu erreichen, denn wesentliche Stellschrauben für Energiewende und Klimaschutz fallen in den Kompetenzbereich der Länder mit ihren eigenen klima- und energiepolitischen Strategien.

Die im Februar vorgelegte aktuelle Studie der Österreichischen Energieagentur „Klima- und Energiestrategien der Bundesländer“ basiert auf Zahlen der Treibhausgasbilanz des Umweltbundesamtes und der Energiestatistik der Statistik Austria. Sie beschreibt

Erhebliche Differenzen zwischen Länder- und Bundeszielen



die Ist-Situation des Treibhausgasausstoßes und der Energiebilanz. In weiterer Folge bewertet sie die Zielsetzungen der einzelnen Bundesländer und analysiert, in welchem Verhältnis die aggregierten bestehenden Länderziele zu den Bundeszielen stehen und ob diese damit erreicht werden können. Dabei auftauchende Differenzen werden als sogenannter „Zielanpassungsbedarf“ ausgewiesen. Dies ist – wohlgermerkt – nur ein Vergleich der Ziele und stellt lediglich Zieldifferenzen fest. Bei der qualitativen Bewertung der Maßnahmen der Länder hat sich gezeigt, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um die selbst gesteckten Ziele auch erreichen zu können. Daher ist die erforderliche zusätzliche Anstrengung in der Klimapolitik größer, als hier „Zielanpassungsbedarf“ ausgewiesen ist.

Enormer zusätzlicher Ausbaubedarf

Hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten Ergebnisse. Im Zeitraum 1990-2018 gab es in allen Bundesländern einen starken Zuwachs des Endenergieverbrauchs, weswegen auch in allen Bundesländern eine Trendumkehr notwendig sein wird. Weiters muss Österreich seine THG-Emissionen im Nicht-Emissionshandel bis 2030 derzeit um -36 % (gegenüber 2005) reduzieren. Wird das neue EU-Reduktionsziel von mindestens -55 % bis 2030 (gegenüber 1990) ähnlich wie das bisherige auf die Mitgliedstaaten umgelegt, müsste Österreich selbst eine Reduktion um -50-55 % schaffen. Davon ist aber die Summe der Länderziele mit rund -30 % weit entfernt.

Um bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 100 % zu erhöhen, muss die jährliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern um 27 TWh ausgebaut werden. Die dokumentierten Ziele der Länder ergeben in Summe aber nur einen Zubau von 10,7 TWh – es besteht also ein zusätzlicher Ausbaubedarf von 16,3 TWh.

Deutlich mehr Erneuerbare benötigt

Aber nicht nur beim Strom werden die Länder ihre Anteile der Erneuerbaren steigern müssen, auch beim Anteil Erneuerbarer am Gesamtenergieverbrauch weichen die Zielsetzungen von Bund und Ländern um etliches voneinander ab. EU-weites Ziel ist (derzeit noch), diesen Anteil bis 2030 auf mindestens 32 % zu steigern. Österreichs NEKP strebt eine Erhöhung auf 46-50 % an. Mehrere Bundesländer verfolgen durchaus ehrgeizige Pläne, peilen aber im Gegensatz zur Bundesregierung eine völlige Dekarbonisierung erst bis 2050 an. Die 2030-Zielsumme aller Länder zusammen beim Anteil Erneuerbarer am Gesamtenergieverbrauch liegt niedriger als das nationale Ziel. Mit den derzeit gesetzten Zielen würde lediglich ein Anteil von rund

Legende zu den Grafiken links: Erhebliche Differenzen zwischen den Länder- und Bundeszielen

Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern, der Reduktion des Endenergiebedarfs, der generellen Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger und der Reduktion der Treibhausgasemissionen zeigen die Analysen zusätzlichen Zielanpassungsbedarf. Dieser ergibt sich aus den Differenzen zwischen den jeweiligen Zielen des Bundes bis 2030 und der Summe der Ziele der Länder.

39 % erreicht werden. Und auch hier muss angemerkt werden, dass die progressive Strategie der EU-Kommission zur Folge haben wird, dass der EU-weite Erneuerbaren-Anteil am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 deutlich angehoben werden muss. Auch dieser Anstieg wird in Österreich auf die Bundes- und Länderebene übertragen werden müssen.

Erneuerbare Energien einzeln betrachtet

Die Studie wendet den Vergleich der Länderziele mit dem nationalen Gesamtziel 2030 auch auf die einzelnen für die Stromerzeugung genutzten erneuerbaren Energien an. Dabei zeigen sich teilweise ebenso gravierende Differenzen, die einen substanziellen Anpassungsbedarf bei den Länderzielen erkennen lassen. Ein solcher ist bei der Photovoltaik am eklatantesten, dort müssten die Ausbauziele der Länder in Summe nahezu verdreifacht werden. Nicht ganz so krass, aber doch erheblich ist die Abweichung bei der Windkraft: Dort müssten 5 TWh mehr geliefert werden, immerhin die Hälfte des Regierungsziels von zusätzlich 10 TWh bis 2030, um auf das nationale Ausbauziel von 17 TWh zu kommen. Auch das würde von den Ländern massive zusätzliche Anstrengungen erfordern. Überschaubarer ist die Situation bei der Wasserkraft, wo etwas mehr als 2 TWh fehlen. Da für Strom aus Wärmekraft keine Ausbauziele der Länder vorliegen, sagt die Studie nur, dass die derzeitige Produktion bis 2030 um 1 TWh erhöht werden muss.

Länderziele müssen Bundesziele abbilden

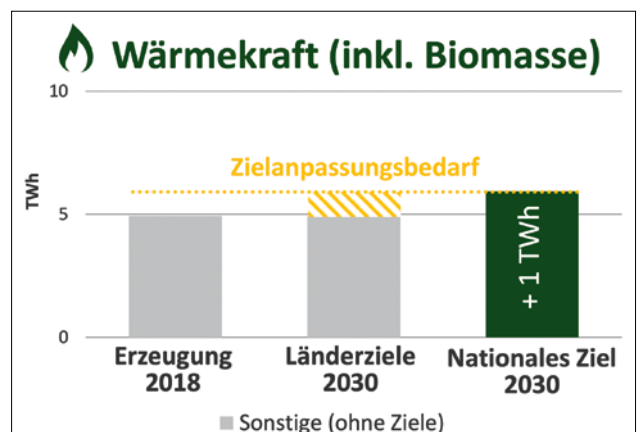
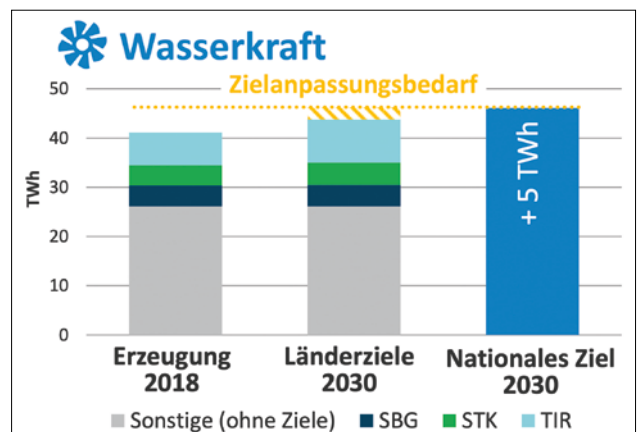
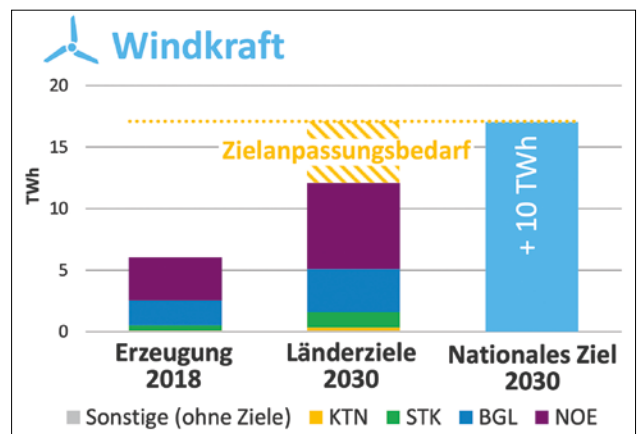
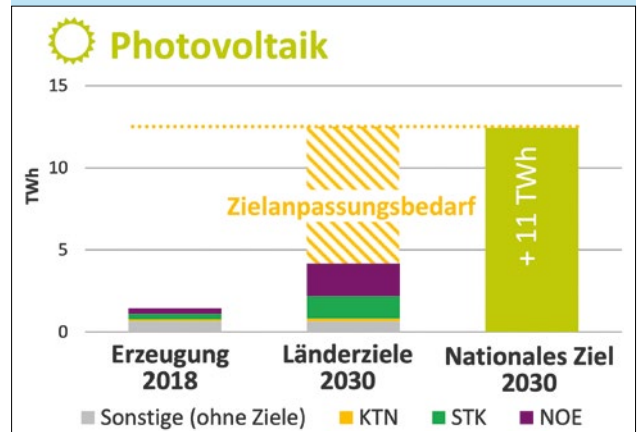
Österreichs föderalistische Struktur bringt es mit sich, dass bundesweite Ziele nur dann einen praktischen Wert haben, wenn sie in kompatiblen Länderzielen abgebildet werden. Umgekehrt bedeutet das natürlich, dass die Summe der Länderziele für einen bestimmten Parameter auch dem gesamtösterreichischen Ziel entsprechen muss. Die vorliegende Studie „Klima- und Energiestrategien der Bundesländer“ der Österreichischen Energieagentur zeigt jedoch sehr deutlich, dass die gebündelten Länderziele nicht einmal mit den bisherigen Bundeszielen im Einklang sind, geschweige denn mit den kommenden Verschärfungen der Ziele zusammenpassen. Es bedarf daher einer Anpassung von Zielen und Maßnahmen und einer engen Verschränkung zwischen Bund und Ländern, damit die Klimakrise wirklich gemeistert werden kann. ●

Legende zu den Grafiken rechts: Anpassungsbedarf bei den Länderzielen für erneuerbare Energien

Die für die Stromproduktion dokumentierten Ausbauziele der Länder bis 2030 zeigen, dass in Summe eine deutliche Erhöhung erforderlich ist, um die nationalen Ziele zu erreichen:

- **Photovoltaik:** von 4,2 TWh auf mindestens 12,4 TWh = Erhöhung um 8,2 TWh
- **Windkraft:** von 12,0 TWh auf mindestens 17,0 TWh = Erhöhung um 5,0 TWh
- **Wasserkraft:** von 43,9 TWh auf mindestens 46,1 TWh = Erhöhung um 2,2 TWh
- **Erneuerbare Wärmekraft:** keine Ausbauziele der Länder dokumentiert; nationales Ziel mindestens 5,9 TWh = Erhöhung um 1,0 TWh

Anpassungsbedarf bei den Länderzielen für erneuerbare Energien



Grafiken: Österreichische Energieagentur

2030 alt

- 40% ~~THG~~-Emissionen
- 32% ~~Erneuerbare~~ Energien
- 32,5% Energieeffizienz

2030 neu

- 55-60% THG-Emissionen
- 38-40% Erneuerbare Energien
- 32,5% Energieeffizienz

Voll erneuerbar in Europa

Die Klima- und Energiepolitik der EU nimmt ordentlich Fahrt auf.

Mit einem Paukenschlag startete im Dezember 2019 Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission, in dem sie kurz nach ihrem Amtsantritt ihr Konzept für einen Green Deal veröffentlichte. Es geht dabei um eine Perspektive, wie es gelingen kann, Wirtschaft, Energieerzeugung und Gesellschaft in einer großen Transformation auf das große Ziel „Treibhausgasneutralität bis 2050“ neu auszurichten.

Der Green Deal ist ein wichtiger Aspekt der europäischen Klima- und Energiepolitik, der unter anderem in einem EU-weiten Klimagesetz und neu definierten Zielen für 2030 und 2050 festgeschrieben werden soll. Auch prägt der Green Deal zwei maßgebliche Bereiche entscheidend mit. Seit Ende 2020 laufen intensive Diskussionen über den neuen EU-Finanzrahmen, vor

allem das Europaparlament kämpft darum, so viel Klimaschutz wie nur möglich unterzubringen. Dabei geht es zum einen um den normalen EU-Haushalt 2021-2027, aber auch um das neue Aufbauinstrument „Next Generation EU“, aus dessen Mitteln 30 % für mehr Klimaschutz eingesetzt werden sollen.

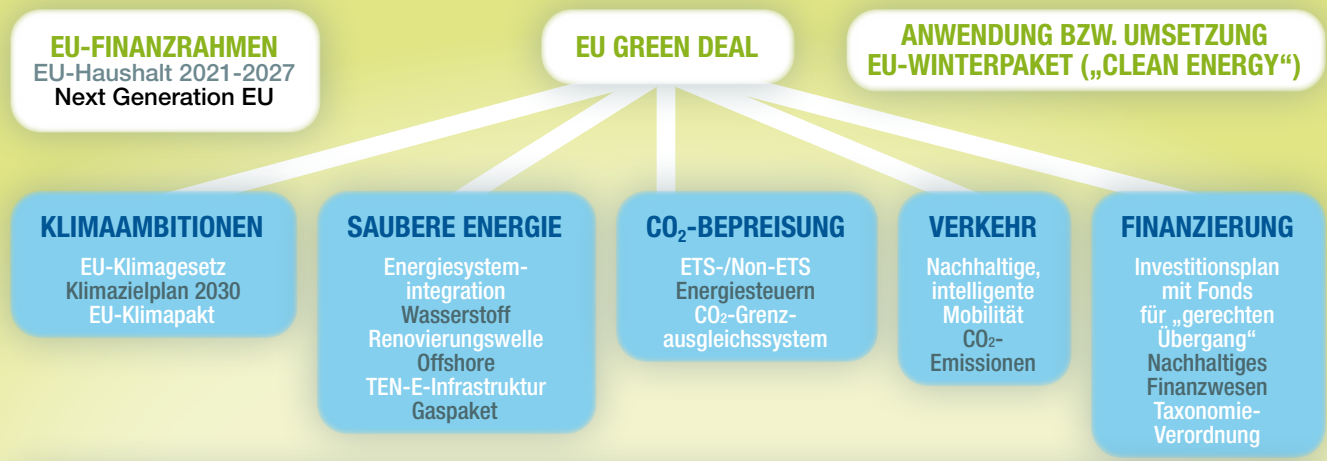
Neuer Energierechtsrahmen

Gleichzeitig läuft seit 2017 die Umsetzung des EU-Winterpakets (Clean Energy Package), die bis heute noch nicht zur Gänze abgeschlossen ist. So gibt es etwa eine Frist für die Umsetzung einer neuen Erneuerbaren-Richtlinie bis 30. Juni 2021. Doch diese wird sehr schnell obsolet werden, weil sie noch im zweiten Quartal 2021 wieder reformiert werden soll, um sie an das neue Klimaziel für 2030 anzupassen.

Der Prozess für die Gestaltung eines neuen EU-Energierechtsrahmen für die Dekade 2021-2030 ist voll im Gang – ein EU-Klimagesetz ist im Werden. Im Zuge dessen stehen alle derzeitigen Klima- und Energieziele auf dem Prüfstand, ob und wie weit eine Neufestsetzung erfolgen soll. Die EU-Kommission strebt eine Senkung der Netto-THG-Emissionen von -40 % auf -55 % (vs. 1990) bis 2030 an. Deutlich forscher peilt das EU-Parlament eine Reduktion um -60 % an und will noch darüber hinaus ein verbindliches CO₂-Budget als Maßstab festlegen und fossile Subventionen mit 2025 endlich beendet wissen.

Auch für die Zielsetzung bis 2050 gibt es unterschiedliche Vorstellungen: Die Kommission will die EU-weiten THG-Emissionen in Summe bis 2050

Auswirkungen des EU Green Deal auf unterschiedliche Sektoren



Quelle: Stiftung Umweltenegerecht

BEIHILFE-RECHT – INSBESONDERE DIE LEITLINIEN FÜR UMWELT- UND ENERGIE-BEIHILFEN

auf netto null reduzieren, dafür aber einen Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten zulassen. Das EU-Parlament dagegen will alle Mitgliedstaaten einzeln verpflichten, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, um dann ab 2050 in Summe sogar eine negative Emissionsbilanz zu schaffen.

Ende November 2020 begann bereits der informelle Trilog zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Rat über das geplante Klimagesetz. Seit 1. Jänner 2021 hat Portugal die Ratspräsidentschaft inne und auch schon angekündigt, den Prozess für das Klimagesetz aktiv weiterzuführen, um bis Ende Juni das Trilog-Verfahren abschließen zu können. Im zweiten Halbjahr wird Slowenien die Ratspräsidentschaft übernehmen, und auch die Slowenen wollen die Gesetzgebung intensiv weiterreiben.

Klimazielplan als Basis

Ende Februar soll eine „Europäische Klimaanpassungsstrategie“ veröffentlicht werden, die beziffert, welche Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft den Mitgliedstaaten durch die Folgen des fortschreitenden Klimawandels entstehen und daher einzupreisen sind. Am 18. März findet dann der nächste EU-Umweltrat statt, dort sollte dann die Weichenstellung für neue 2030-Ziele schon ein intensives Thema sein.

Diese übergeordneten und richtungsweisenden Entwicklungen müssen in der Folge mit handfesten Instrumenten unterlegt werden. Im September 2020 hat die EU-Kommission einen Klimazielplan „Fit for 55“ erstellt, in dem bewertet wurde, welcher Instrumenten-Mix am besten geeignet ist, um die ambitionierteren Klima- und Energieziele zu erreichen.

Auf Basis dieses Klimazielplans hat sich die EU-Kommission für 2021

Wichtige Schwerpunkte der EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm 2021

ÜBERARBEITUNG DER EMISSIONSHANDELS-RICHTLINIE (Q2)

ÄNDERUNG DER ERNEUERBAREN-RICHTLINIE (Q2)

ÄNDERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE (Q2)

REFORM DER LEITLINIEN FÜR UMWELT- UND ENERGIE-BEIHILFEN 2022-2030 (Q4)

ein dichtes Arbeitsprogramm vorgenommen. Schon bis Ende Juni 2021 soll ein ganzes Paket von Gesetzesvorschlägen präsentiert werden. Die großen Themen dabei sind CO₂-Bepreisung und saubere Energie. Vor allem müssen die Erneuerbaren-Richtlinie und die Energieeffizienz-Richtlinie geändert und an das ehrgeizige neue Klimaziel für 2030 angepasst werden. Dieser Reformvorschlag wird, wie erwähnt, voraussichtlich auf dem Tisch liegen, bevor noch die Umsetzungsfrist für die aktuelle Richtlinie aus dem Clean Energy Package abgelaufen ist.

70 % Strom von Erneuerbaren

Ein wesentlicher Punkt für den Ausbau der erneuerbaren Energien wird nicht zuletzt auch die Reform der Leitlinien für Umwelt- und Energiebeihilfen für den Zeitraum 2022 bis 2030 sein, den die EU-Kommission im vierten Quartal 2021 abschließen will. Die derzeitigen Leitlinien galten eigentlich nur bis zum 31.12.2020, wurden aber um ein Jahr verlängert.

Spannend wird die Frage, welche Strategie die EU-Kommission für die Energiesystemintegration verfolgen wird. Im Zentrum des neuen Energie-

systems steht der Grundsatz „Energieeffizienz zuerst“. Generell soll im großen Kontext der Sektorkopplung die Umstellung des Energieverbrauchs auf elektrische Energie beschleunigt werden, mit der klaren Zielsetzung, dass dieser Strom dann mit erneuerbaren Energien erzeugt wird.

Der Klimazielplan sagt auch ganz klar: Wenn das THG-Reduktionsziel von mindestens -55 % erreicht werden soll, muss das Ziel für den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 deutlich angehoben werden, und zwar auf 38-40 %. Daraus ergibt sich: Wenn 40 % Erneuerbare bis 2030 erreicht werden sollen, dann muss der Anteil der Erneuerbaren im Strombereich bis 2030 deutlich steigen und 70-75 % ausmachen, weil damit im Sinne der Sektorkopplung auch Verkehr und Gebäude stärker elektrifiziert werden sollen. ●

Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag des deutschen Energierechtsexperten Fabian Pause von der Stiftung Umweltenergie recht im Rahmen eines IGW-Webinars. stiftung-umweltenergie recht.de

Sachverstand und Kompetenz



- Sämtliche Prüfungen, Inspektionen und Gutachten
- Technische Due Diligence und Betriebsführung
- Beratung in allen Stadien eines Windparkprojekts
- Bewertung und Prüfung für den Weiterbetrieb nach dem 20. Betriebsjahr



8.2 WindING Consult

Ing. Christian Szodl

+43 699 1130 3402

1140 Wien, Hüttelbergstraße 127

office@winding-consult.at • www.winding-consult.at

christian.szodl@8p2.at • www.8p2.de

Wachstum braucht breiten Förder-Mix

Ausschreibungen sind nur für Großprojekte ab 60 MW sinnvoll.



Die globale Durchschnittstemperatur ist im Vergleich zum vorindustriellen Niveau bereits um 1,3 °C gestiegen. Es besteht ein klarer Konsens, dass die Weltwirtschaft und alle Energiesysteme in den allernächsten Jahrzehnten dekarbonisiert werden müssen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und ein Fortschreiten des Klimawandels mit immer katastrophaleren Folgen zu unterbinden.

Exponentielles Wachstum

Um das zu schaffen, werden erneuerbare Energien den größten Anteil des Energiebedarfs im Strom-, Wärme-, Kälte- und Verkehrsbereich liefern müssen. Dafür müssen allerdings die erneuerbaren Energien in einem noch nie da gewesenen Tempo ausgebaut werden. Selbst um die Weltwirtschaft erst bis

2050 vollständig zu dekarbonisieren, muss die globale Ausbaurate der Erneuerbaren mindestens versechsfacht werden.

Was dafür von politischer Seite an Unterstützung notwendig ist, beschreibt eine neue Studie, die der energiepolitische Think Tank Energy Watch Group (EWG) in Auftrag gegeben hat. Die Analyse der vier hochkarätigen Studienautor*innen – alle mit jahrzehntelanger Erfahrung im Bereich der Fördersysteme für erneuerbare Energien – basiert auf empirischen Beobachtungen in mehr als 20 Ländern weltweit. Die Ausgangssituation ist, dass der derzeitige Wachstumspfad der erneuerbaren Energien eher linear als exponentiell verläuft. Aktuelle Daten der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) bestätigen, dass die

Investitionen in erneuerbare Energien seit 2017 rückläufig sind.

Die Studienautor*innen folgern daraus, dass der derzeitige Mix energiepolitischer Instrumente für den Ausbau der Erneuerbaren offenbar seine Ziele verfehlt und daher grundlegend überdacht werden sollte. Der Bericht konzentriert sich auf die beiden am weitesten verbreiteten Instrumente im Stromsektor: zum einen auf Ausschreibungen, zum anderen auf administrativ festgelegte Vergütungen und Prämien.

Plädoyer für einen Politikmix

In den letzten Jahren wurde die politische Diskussion über erneuerbare Energien häufig von der Debatte „Ausschreibungen oder Einspeisetarife“ dominiert. Die Studie fordert auf, dieses Gegensatz-Denken zu überwinden und einen neuartigen, deutlich vielfältigeren Politikmix zu nutzen: „Es geht nicht länger um die richtige Wahl eines einzelnen Politikinstrumentes, sondern um die richtige Kombination verschiedener Instrumente unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile von Ausschreibungen und Einspeisetarifen. Wir plädieren daher für einen erweiterten Politikmix aus Einspeisetarifen für kleine und mittelgroße Projekte sowie Ausschreibungen für große Anlagen.“

Eingehend untersucht die Studie die Defizite von Ausschreibungen für erneuerbare Energien, wodurch nur allzu oft Ausbauziele nicht erreicht werden (siehe Kasten „Sechs Kernprobleme“). Im Wesentlichen geht es darum, dass Ausschreibungen tendenziell große Projekte fördern, kleine und mittlere Projekte dagegen häufig nicht zum Zug

Die Studie der Energy Watch Group beschreibt sechs Kernprobleme von Ausschreibungen

- **Ausschreibungen bieten keinen fairen Zugang für alle und schrecken kleine Akteure ab.**
- **Ausschreibungen fördern keine unterschiedlichen Projektgrößen, da größere Projekte in der Regel kleinere unterbieten können. Kleinere und mittlere Projekte werden dadurch häufig ausgeschlossen.**
- **Ausschreibungen fördern Prozesse der Marktkonzentration zugunsten von finanzstarken und großen Akteuren.**
- **Ausschreibungen beeinträchtigen wichtige Voraussetzungen für die Akzeptanz neuer Projekte.**
- **Ausschreibungen leiden oft unter Unterzeichnung sowie nicht oder nur verzögert realisierten Projekten, was das rechtzeitige Erreichen der Ausbauziele für erneuerbare Energien erschwert.**
- **Ausschreibungen garantieren weder ein niedriges Vergütungsniveau, noch haben sie die jüngsten Kostensenkungen der erneuerbaren Energien verursacht.**

kommen. Dies schränkt die Akteursvielfalt ein und führt zu einer Marktkonzentration, weil große finanzstarke Akteure begünstigt werden. Viele Ausschreibungen bleiben unterzeichnet, zusätzlich werden viele Projekte nur verzögert oder gar nicht realisiert. Klares Ergebnis der Studie ist auch, dass – entgegen der oft vorgebrachten Annahme – mit Ausschreibungen kein niedrigeres Vergütungsniveau als mit administrativ festgesetzten Tarifen erreicht wird. Auch die Kostensenkungen der letzten Jahre bei den erneuerbaren Energien wurden nicht durch Ausschreibungen hervorgebracht, sondern durch den enormen Anstieg des weltweiten Ausbaus erneuerbare Energien und die damit verbundenen Erfahrungskurven.

Den richtigen Mix anwenden

Für EWG-Präsident Hans-Josef Fell ist klar: „Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass Ausschreibungen entscheidend dazu beitragen, das notwendige exponentielle Wachstum der erneuerbaren Energien zu behindern. Dieser alarmierende Trend gefährdet die Einhaltung der Pariser Klimaziele durch die internationalen Regierungen, da der

Wechsel zu kostengünstigen und technologisch ausgereiften erneuerbaren Technologien der Schlüssel dazu ist, die Emissionen auf null zu senken.“

Welchen Weg schlägt die Studie daher vor? Die Defizite von Ausschreibungen können durch einen breiteren

„Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass Ausschreibungen entscheidend dazu beitragen, das exponentielle Wachstum der erneuerbaren Energien zu behindern.“

Hans-Josef Fell, Präsident Energy Watch Group

Förder-Mix ausgeglichen werden. Ausschreibungen sind nur für Großprojekte ab 60 MW sinnvoll. Für kleine und mittlere Projekte unter 60 MW sollte dagegen die Förderhöhe für Einspeisetarife oder Marktprämien administrativ festgelegt werden. Das würde ein Gegengewicht zur Marktkonzentration bei Großprojekten schaffen, den Zugang zu Kapital für lokale Akteure erleichtern, regionale Wertschöpfung steigern und eine höhere Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien ermöglichen.

Um die vom Green Deal der EU angestrebte Klimaneutralität bis 2050 zu schaffen, ist ein exponentiell steigender Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig. Dafür muss der derzeitige Förderrahmen dringend verbessert werden. Die Studie schlägt vor, die Prüfung staatlicher Beihilfen durch die Kommission einzuschränken und den Mitgliedstaaten wieder volle Flexibilität bei der Gewährung staatlicher Beihilfen einzuräumen, um z. B. Einspeisevergütungen oder Marktprämien ohne Ausschreibungen zu nutzen. Umgekehrt sollten die Mitgliedsstaaten anerkennen, dass die Erzeugung von erneuerbarer Energie eine äußerst wichtige staatliche Dienstleistung und gemeinwirtschaftliche Verpflichtung ist. ●

Die Studie wurde erstellt von:
David Jacobs (IET International Energy Transition)
Katherina Grashof (IZES)
Pablo del Rio (CSIC Spanish National Research Council)
Dörte Fouquet (Becker Büttner Held)
energywatchgroup.org

Starke Partner für Ihr Windprojekt:

IFE Ingenieurgesellschaft für
Energieprojekte mbH & Co. KG

Akkreditierte Inspektionsstelle
seit 2017 (nach DIN EN ISO/IEC 17020:2012)

Zuverlässige Inspektion Ihrer Windenergieanlage

- Rotorblatt Inspektion mit Industriedrohnen
- Inbetriebnahme Inspektion
- Prüfung vor Ende der Gewährleistung
- Wiederkehrende Prüfung
- Zustandsorientierte Prüfung
- Schwingungsanalyse
- Elektrothermografie
- Getriebeendoskopie
- Weiterbetrieb nach dem 20. Betriebsjahr

Wir sind Spezialist für die Rotorblatt-Inspektion mit Industriedrohnen.

IFE Ingenieurgesellschaft für Energieprojekte mbH & Co. KG
 Ringstraße 2
 D-26721 Emden
 T: +49 4921 97 85-0
info@ife-emden.de
www.ife-emden.de

IFE und IDASWIND kooperieren im Bereich Weiterbetrieb für WEA 20+

IDASWIND

Ihr erfahrener Partner für Weiterbetriebsgutachten:

- Erstellung von analytischen Nachweisen auf Basis detaillierter Lastrechnung
- Weiterbetriebs- Nachweise für alle gängigen WEA 20+
- LTE- Prognosen zu jedem Betriebszeitpunkt
- Erfahrungen aus mehr als 400 Gutachten
- maximaler Anspruch an Qualität und hohe Effizienz

info@idaswind.com • www.idaswind.com • +49 (0)30 3642887-70



Alle verdienen am Windstrom

Volkswirtschaftlicher Nutzen ist deutlich höher als die Förderkosten.

Mehr Windstrom ist gut für den Klimaschutz, da er Strom von fossilen Energieträgern und den Import von Kohle- und Atomstrom verdrängt. Aber Windkraftwerke bringen auch wirtschaftlich sehr viele positive Aspekte mit sich. Ja, es ist sogar so, dass alle Österreicher*innen am Windstrom ordentlich verdienen. Für jeden in die Windkraft investierten Euro fließen über 1,6 Euro zurück an die heimische Volkswirtschaft – eine Rendite, die es heute bei keiner Bank mehr gibt.

Eine Kurzstudie der Wirtschaftsuniversität Wien über die Rückflüsse an den Staatshaushalt durch die Windbranche liefert dazu nun handfeste Ergebnisse.

Überschuss an Rückflüssen

Basierend auf einem Kalkulationsmodell, das für Investitionsentscheidungen bei Windkraftprojekten benutzt wird, hat Josef Baumüller, Universitätsassistent an der WU Wien, die Rückflüsse errechnet, die ein modernes 4-MW-Windrad über seine Lebens-

laufzeit von 20 Jahren auslöst. Allein durch die Steuern und Abgaben, die der Windkraftbetreiber jährlich abführt, erhält der Staat bereits rund 50 % der Förderung wieder zurück. Durch Planung, Bau, Betrieb und den späteren Abbau der Anlage fließen weitere rund 15 % von den Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen zurück.

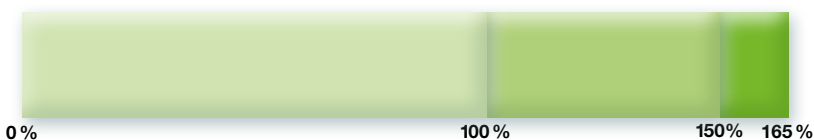
Da die Produktion von sauberem Windstrom enorme Mengen von CO₂ vermeidet, erspart sich die Republik Österreich Kosten für CO₂-Zertifikate, die sie ansonsten zukaufen müsste. Allein diese Ersparnis macht laut Studie mehr als 100 % des gesamten Förder Volumens aus. „Durch die Ergebnisse unserer Studie wird sehr deutlich, dass sich die Förderung des Windkraftausbaus doppelt rechnet“, resümiert Baumüller. „Nicht nur der Klimaschutz kann durch den Ausbau der Windkraft deutlich vorankommen. Für jeden Euro, der in die Windkraft-Förderung gesteckt wird, kann der österreichische Staatshaushalt mit über 1,6 Euro profitieren.“

Diesen doppelten Nutzen der Windkraft hebt auch Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft, hervor: „Windkraftausbau ist ein Turbo für die Volkswirtschaft und bringt eine posi-

Förderung für Windkraft



Rückflüsse von der Windkraft an den Staat Österreich



Die Windkraftbranche zahlt um 65 % mehr Geld an an den Staat Österreich zurück, als sie ursprünglich an Förderungen aus dem Ökostromgesetz erhält.

tivere Bilanz für den österreichischen Staatshaushalt und natürlich auch für den Klimaschutz. Deswegen weise ich immer wieder darauf hin: Je sicherer die Bedingungen für den Windkraftausbau durch das kommende EAG ausgestaltet werden, desto mehr profitiert auch die österreichische Bevölkerung.“

Sichere Investitionsbedingungen zu schaffen sieht Moidl daher für das EAG als absolut vordringlich, denn: „Unsicherheiten im Fördersystem bringen nicht nur das Risiko mit sich, dass der Windkraftausbau nicht im angestrebten und nötigen Ausmaß zu bewerkstelligen ist, sondern auch, dass die Förderkosten höher ausfallen, ohne dass auch nur eine einzige Kilowattstunde Windstrom mehr erzeugt wird.“

Hoffnungsvoller Ausblick

Doch auch bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe Mitte Februar warten die Verbände der Erneuerbaren immer noch darauf, dass das EAG endlich im Parlament eingebracht wird. Immerhin tut sich heuer schon so einiges in Sachen Klimaschutz. Das Klima-, Umwelt- und Energiebudget für 2021 wurde kräftig aufgestockt. Ministerin Gewess-

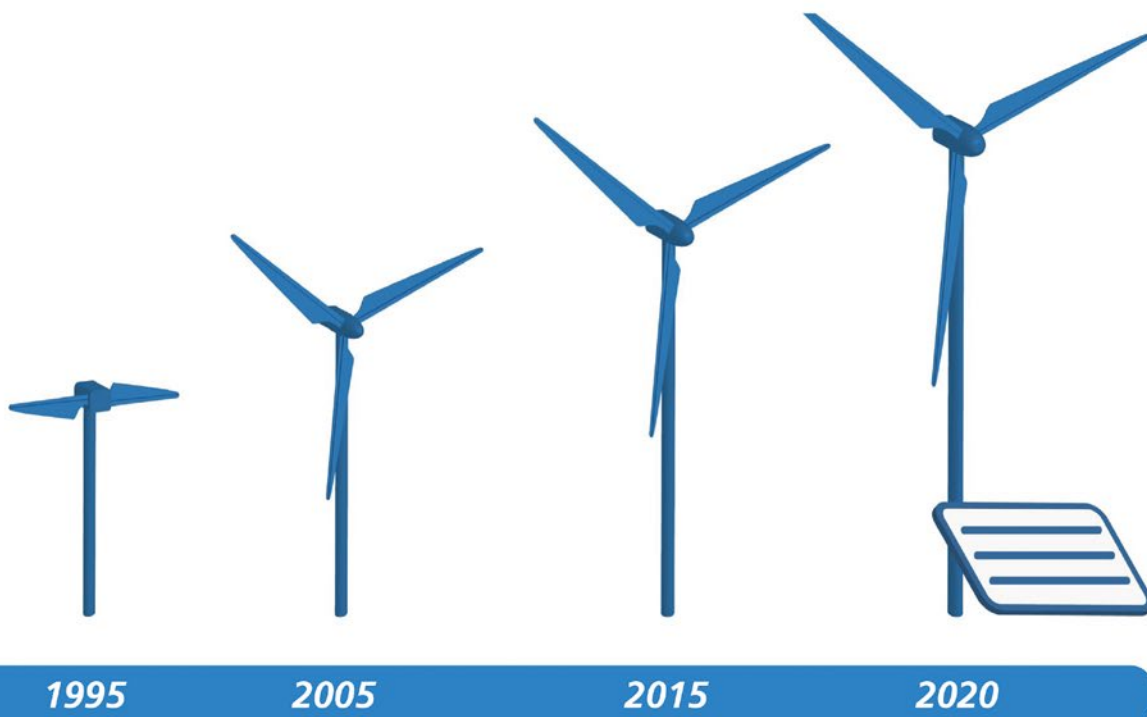
ler betonte, dass so viel Geld wie noch nie für den Klimaschutz in Österreich veranschlagt werde. Die prozentuell höchsten Zuwächse gegenüber 2020 innerhalb des Umweltbudgets gibt es in den Detailbudgets Klima- und Energie-

fonds (plus 118 %) sowie Energiepolitik (plus 556 %). Gewessler sieht Umweltförderungen aber auch als wichtigen Konjunkturimpuls – ein Impuls, der durch ein funktionierendes EAG noch deutlich verstärkt werden könnte. ●

ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG

Ergebnis der WU-Studie über die finanziellen Rückflüsse der Windkraft an den Staat Österreich

Eine moderne 4-MW-Windkraftanlage führt – den Wegfall von Kosten für CO₂-Zertifikate eingerechnet – über die Laufzeit von 20 Jahren zu einem deutlichen Überschuss an Rückflüssen an die Bevölkerung und erzeugt deshalb mehr Wertschöpfung als Kosten durch die Förderung.



Unser Know-How sowie unsere Erfahrung wächst mit den Anlagen mit - seit 25 Jahren



ECOWIND Handels- & Wartungs-GmbH
 Fohrafeld 11 | A-3233 Kilb
 Tel: +43 (0)2748 20 310
 office@ecowind.at | www.ecowind.at

25 Jahre **ECO**wind



Hier scannen für den 25 Jahre ECOwind Kurzfilm

ECOwind
 SOLAR- & WINDENERGIE
 Ein Unternehmen der BayWa r.e.

Das schwärzeste Jahr der Windkraft in Österreich

Erstmals Rückgang der Gesamtleistung seit Beginn des Windkraftausbaus.



2020 war – und das hat jetzt ausnahmsweise nichts mit der Corona-Geschichte zu tun – ein ungewöhnliches Jahr für die österreichische Windkraft. Ja es war sogar das schwärzeste Jahr seit Beginn der Nutzung der Windkraft für die Stromproduktion vor rund 25 Jahren. Zum ersten Mal sind in einem Jahr die gesamte Anzahl und damit auch die installierte Windkraftleistung zurückgegangen. Anfang 2021 standen 26 Windräder weniger in Österreich als Anfang 2020, die Gesamtleistung hat sich damit um 39 MW reduziert.

Erstmalig ein Netto-Abbau

2020 wurden nur 7 Windräder mit rund 25 MW neu errichtet, es wurden aber 33 Windräder abgebaut, wodurch 64 MW Leistung verloren ging. Ende des Negativjahres 2020 waren daher nurmehr 1.307 Windkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 3.120 MW am Netz. IGW-Chef Stefan Moidl konstatiert: „Dieser Tiefschlag für die Windkraft ist die Folge der Stop-and-Go-Energiepolitik der letzten Jahre mit ihren langwierigen Diskussionen über Ökostromnovellen und dem Rückstau

längst bewilligter Projekte in einer stetig wachsenden Warteschlange bei der OeMAG. Mit der Corona-Pandemie hat diese Situation absolut nichts zu tun, sie ist ausschließlich der fatalen österreichischen Energiepolitik geschuldet.“

Der Ausblick auf 2021 und die Folgejahre zeigt ein nicht ganz so düsteres Bild, dieses muss jedoch in die richtige Relation zu den von der Politik bis 2030 angepeilten ambitionierten Zielen gesetzt werden. 2021 werden voraussichtlich 74 Windkraftanlagen mit einer Leistung von rund 315 MW zugebaut werden, gleichzeitig werden 22 Windkraftanlagen mit 40 MW abgebaut. Ergibt netto einen Zubau von 52 Anlagen mit rund 275 MW.

Diese neuen Anlagen stammen jedoch noch aus dem mit der Novelle von 2019 ausgelösten Warteschlangenabbau, also von Projekten, die hauptsächlich 2015 und 2016 – manche sogar noch früher – genehmigt und bewilligt wurden. Aus dem Volumen eben dieser Warteschlange sind noch in den nächsten 2-3 Jahren jährlich etwa 280 MW Ausbau möglich. Doch ohne das lange angekündigte und dann

doch wieder aufgeschobene Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz gibt es keine Impulse für neue Projekte, wie Moidl berichtet: „Betreiber haben derzeit überhaupt keinen Anreiz und keine Perspektive, neue Projekte zu entwickeln. Das wird sich erst dann ändern, wenn das EAG auch wirklich beschlossen ist und eine effektive, rasch wirksame Grundlage bietet. Die Betreiber müssen Klarheit und Sicherheit darüber haben, ob und in welchem Zeitraum ein Projekt realisierbar ist und ob es auch wirtschaftlich umsetzbar ist.“

Derzeit keine Fördermittel

Die österreichische Energie- und Klimapolitik hat sich in den letzten Jahren in vollmundigen Ankündigungen erschöpft. Handfeste gesetzliche Grundlagen und Rahmenbedingungen, die den angekündigten Absichten und Zielen auch nur annähernd entsprechen hätten, wurden jedoch keine geschaffen. Dieses Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit belegt Moidl mit ernüchternden Zahlen: „Das Auflösen der bis 2019 aufgestauten Warteschlange von 300 fertig geneh-

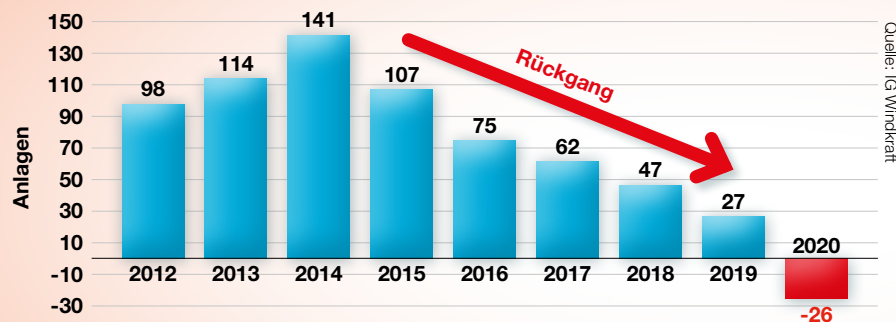
Windkraft Netto-Abbau in Österreich 2020

Betreiber	Standort	Bezirk	Anlagentyp	Anzahl	MW gesamt
evn naturkraft	Kettlasbrunn II	Mistelbach	Enercon E-138	4	16,8
Zubau Niederösterreich				4	16,8
Abbau Niederösterreich				-18	-36,0
Energie Burgenland Windkraft	Nikitsch Erweiterung	Oberpullendorf	Enercon E-103	2	4,7
Energie Burgenland Windkraft	Pama Süd Erweiterung	Neusiedl am See	Enercon E-101	1	3,1
Zubau Burgenland				3	7,8
Abbau Burgenland				-15	-27,5
Österreich Ende 2019				1.333	3.158,9
Zubau 2020				7	24,6
Abbau 2020				-33	-63,5
Österreich Ende 2020				1.307	3.120,0

Aufgrund technischer und rechtlicher Erfordernisse sowie aufgrund von Rundungen sind sowohl für 2020 als auch für 2021 manche Werte rechnerisch nicht direkt nachvollziehbar angegeben.



Jährlicher Nettoausbau an Windkraftanlagen in Österreich



Quelle: IIG Windkraft

Nachdem wegen der Schockstarre der Energiepolitik der Ausbau in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist, wurden 2020 erstmals sogar mehr Anlagen ab- als neue zugebaut, also netto ein Rückgang an Anlagen und Leistung verzeichnet.

migten Windkraftanlagen mit rund 900 MW Leistung wurde damals nur durch einen Vorgriff auf die für das Jahr 2021 vorgesehenen Fördermittel möglich gemacht. Anders als bei Biomasse oder Photovoltaik wurden für die Windkraft keine Sondermittel zur Verfügung gestellt. Nach 2020 gehen wir 2021 nun schon in das zweite Jahr, in dem für neue Windkraftprojekte, die bei der Oe-MAG einen Antrag auf Förderung stellen, keine Mittel mehr vorhanden sind.“

Ohne ein rasch wirksames EAG werden, wie Moidl vorrechnet, die politischen Planspiele Makulatur bleiben: „Mit einem minimalistischen Ausbau von unter 300 Megawatt jährlich, dem wir aber noch den stetig zunehmenden Abbau von Altanlagen gegenrechnen müssen, sind wir weit weg von der

Zielsetzung der Bundesregierung, die 100 % Ökostrom bis 2030 erreichen will. Denn um bis dorthin zusätzlich 10 Terawattstunden netto Windkraftleistung ans Netz zu bringen, braucht es einen jährlichen Zubau von 500 MW neuer Windkraftleistung. Und davon sind wir momentan weit, weit entfernt.“

Betreiber beklagen Hürden

Den Löwenanteil des Zubaus 2021 wird die burgenländische Püspök Gruppe umsetzen. In zwei Repowering-Projekten werden 30 Anlagen des neuen Typs GE 5.5-158 mit insgesamt 157 MW errichtet. In den Windparks Gols und Mönchhof wird die Windstromproduktion dadurch nahezu vervierfacht. Doch Geschäftsführer Lukas Püspök beklagt, dass die Projektentwicklung zu

einem Hürdenlauf ausgeartet ist: „Aufgrund der Stop-and-Go-Politik dauern Projekte heute ewig, und es kommen immer mehr Hürden dazu. Ende 2021 gehen wir mit Projekten ans Netz, die wir Anfang 2013 begonnen haben. Wir mussten Umgenehmigungen durchführen, was ein enormer Zusatzaufwand ist. Natürlich hoffen auch wir Betreiber darauf, dass das neue EAG rasch kommt, aber zusätzlich müssen wir auf Landesebene von diesem überbordenden Zuwachs an Hürden bei den Genehmigungen wegkommen.“ Püspöks Wunsch für 2021 an die Politik ist: „Lassen Sie uns mit dem EAG einen Turbo zünden, der über die nächsten zehn Jahre mit dem Ausbau der Windkraft jährlich rund 700 Millionen Euro an Investitionen bringen kann.“ ●

Windkraftausbau in Österreich 2021

Betreiber	Standort	Bezirk	Anlagentyp	Anzahl	MW gesamt
Forstverwaltung Rappottenstein	Sallingberg	Zwettl	Vestas V126	6	19,8
Windkraft Simonsfeld	Poysdorf-Wilfersdorf V	Mistelbach	Vestas V150	4	16,8
evn naturkraft	Schildberg	St. Pölten	Vestas V126	3	10,4
Forstverwaltung Rappottenstein	Groß-Schweinbarth	Gänserndorf	Vestas V150	3	9,9
Ökoenergie	Untersiebenbrunn	Gänserndorf	Enercon E-115/103	3	9,6
Breitsprecher	Markgrafeneisiedl IV	Gänserndorf	Enercon E-101	2	6,4
ContourGlobal	Scharndorf IV	Bruck an der Leitha	Vestas V117	2	6,3
Zubau Niederösterreich				23	79,2
Püspök Group	Gols-Mönchhof Repowering	Neusiedl am See	GE 5.5-158	26	135,0
Energie Burgenland Windkraft	Parndorf Heidhof Repowering	Neusiedl am See	Enercon E-138	8	33,6
Püspök Group	Mönchhof Repowering	Neusiedl am See	GE 5.5-158	4	22,0
Energie Burgenland Windkraft	Gols Repowering	Neusiedl am See	Enercon E-138	4	16,8
Energie Burgenland Windkraft	Nickelsdorf Erweiterung	Neusiedl am See	Enercon E-101/103/126	3	9,4
Energie Burgenland Windkraft	Zurndorf II Erweiterung	Neusiedl am See	Enercon E-126	2	8,0
Energie Burgenland Windkraft	Andau Erweiterung	Neusiedl am See	Enercon E-103	2	4,7
Ökowind	Neuhof IV	Neusiedl am See	Vensys 126	1	3,8
Zubau Burgenland				50	233,3
Abbau Burgenland				-22	-40,0
Energie Munderfing	Munderfing	Braunau am Inn	Vestas V136	1	3,0
Zubau Oberösterreich				1	3
Österreich Ende 2020				1.307	3.120,0
Zubau 2021 (Prognose)				74	315,5
Abbau 2021 (Prognose)				-22	-40,0
Österreich Ende 2021 (Prognose)				1.359	3.395,5



Warten auf das EAG

Das lange Herumtaktieren in der Energiepolitik gefährdet den Wirtschaftsstandort Österreich.

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) lässt nun schon sehr lange auf sich warten. Vor einem halben Jahr wurde ein Entwurf dafür in Begutachtung geschickt, doch bis heute wurde noch kein fertiger Gesetzesentwurf in den Ministerrat eingebracht. In den Medien wurde in letzter Zeit heftig spekuliert, woran es denn liegen könnte, dass das EAG nicht von der Stelle kommt.

Das große Feilschen

Kaum hatte die Bundesregierung mit der EU-Kommission den Notifizierungsprozess für den Entwurf des EAG begonnen, wurde berichtet, dass dieser Prozess sich deshalb in die Länge ziehen würde, weil die Windkraftbranche Ausschreibungen für Windkraftprojekte ablehnen würde. Schon seit Jahren weist diese aber darauf hin, dass Ausschreibungen für den kleinen österreichischen Markt kein sinnvoller Vergabemechanismus sein können und im EU-Recht deswegen auch Ausnahmen dafür gegeben sind. Interessanterweise ist im EAG-Entwurf etwa auch die Wasserkraft zur Gänze von Ausschrei-

bungen ausgenommen. Entscheidend aber ist, dass auch die letzten Notifizierungen beim Ökostromgesetz immer sechs bis neun Monate gedauert haben. Der derzeit laufende Prozess ist heute also gerade einmal in der Halbzeit angekommen. Dieser Umstand kann also nicht als Ausrede herhalten, dass das Gesetz noch immer nicht in den Ministerrat gelangt ist, denn es war von Anfang an die Strategie, die Notifizierung und den Beschluss im Parlament parallel durchzuführen.

Ein weiteres Gerücht, dass in den Medien kolportiert wird, ist, dass Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung den EAG-Entwurf blockieren. Beide Organisationen haben sich in den letzten Jahren so gut wie nie als Unterstützer der Energiewende geoutet, haben aber bekanntermaßen ein enges Naheverhältnis zur ÖVP. Es würde also tatsächlich kaum jemanden wundern, wenn hier eine enorme Bremswirkung ausgeübt würde.

Ein Bericht im „Kurier“ vom 15. Februar machte deutlich, dass auch das Tauziehen zwischen den Koalitionsparteien um Biogas, auch grünes Gas genannt, die EAG-Umsetzung in die Länge zieht. ÖVP-Energiesprecherin Tanja Graf macht sich für einen breiten Einsatz stark: „Und das nicht nur für die Industrie, meine Vorstellung ist, dass grünes Gas künftig überall eine Rolle spielen wird, auch bei den Haushalten. Das wollen wir alles in einem Gesamtpaket.“ Die ÖVP will also die Gasregelung mit der Behandlung des EAG junktieren. Das spießt sich aber daran, dass die Grünen Biogas nur für die Industrie nutzen wollen, die ohne diese

Energieform nicht auskommen kann, nicht aber deren Einspeisung für Raumwärme ins Gasnetz fördern wollen. Lukas Hammer, Energiesprecher der Grünen, sieht das Problem vor allem beim Koalitionspartner: „Der Abschied vom fossilen Gas und dem ganzen System dahinter fällt einigen in der ÖVP offensichtlich sehr schwer. Ich weiß aber auch, dass das nicht alle so sehen und dass es hier innerhalb der Partei sehr große Unterschiede gibt. Den Erneuerbaren gehört die Zukunft und wir sollten uns von der fossilen Gaslobby nicht in Geiselnahme nehmen lassen.“

Klimaschutz als Verlierer?

Fakt ist, dass seit vier Jahren über ein EAG gesprochen wird. Und schon seit sieben Jahren wird eine große Novelle des Ökostromgesetzes diskutiert. Doch bis jetzt hat das Gesetz nicht seinen Weg ins Parlament gefunden. Mittlerweile stauen sich durch diesen verzögerten Umsetzungsprozess schon einige andere Gesetze: das Klimaschutzgesetz, das Energieeffizienzgesetz, das Gaswirtschaftsgesetz, das EIWOG. Und auch die Diskussion über die ökosoziale Steuerreform hat gerade erst richtig begonnen.

Ein Mammutprojekt, alle diese Gesetze im Parlament gleichzeitig zu behandeln, würde auf jeden Fall einen großen Verlierer haben – den Klimaschutz selbst. Eine solche Großbaustelle der Klimaschutzgesetzgebung sollte tunlichst vermieden werden, denn mittlerweile geht es nicht mehr „nur“ um den Klimaschutz, sondern auch um Arbeitsplätze und heimische Wertschöpfung vor allem im ländlichen Raum. ●

Wunder

geschehen immer wieder, und so kann es durchaus sein, dass das EAG doch noch ganz rasch kommt, vielleicht sogar noch bevor Sie diese Zeitung in der Post haben – die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.



Am 24./25. November ging das AWES 2020 über die Bühne – Corona-bedingt erstmals als Online-Event. Mit 528 Teilnehmer*innen schaffte es einen Rekordwert und übertraf in dieser notwendig gewordenen Form alle früheren Veranstaltungen. Die spannenden Vorträge und hochkarätig besetzten Diskussionen wurden live gestreamt. Via Live-Chats und Umfragetools konnten die Teilnehmer*innen sich aktiv beteiligen und auf einem interaktiven Forum auch mit 18 ausstellenden Firmen in Kontakt treten. In den zwei Tagen fanden 12 hochinformativ Diskussionspanels mit mehr als 40 Impulsvorträgen und 72 Diskussionsteilnehmer*innen statt, hervorragend moderiert von prominenten Journalist*innen wie Corina Millborn, Ingrid Thurnherr, Mark Perry oder Johannes Kaup.

Riesenerfolg mit Rekordbeteiligung

Als Keynote Speaker verglich der austro-amerikanische Ökonom Gernot Wagner von der New York University die Folgen der Klimakrise mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie, weil bei beiden vor allem deren exponentielles Wachstum rigoroses Handeln erforderlich macht. Wagner sieht die Klimakrise sogar als noch problematischer, weil sie irreversible Langzeitschäden auslöst, und fordert wesentlich höhere Anstrengungen beim Klimaschutz: „Absichtserklärungen und Ziele gibt es genug, es braucht jetzt aber die Umsetzung, konkrete Schritte und verstärkte Investitionen, und es braucht ganz dringend die dafür notwendigen politischen Impulse.“

Dringender Aufruf endlich aufzuwachen

Auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes wies auch ORF-Experte Marcus Wadsak hin, der appellierte: „Ich weiß nicht, welche Zeichen wir noch brauchen, um endlich aufzuwachen. Wir müssen vom Wissen ins Handeln kommen, um viel schwerwiegendere Folgen der Klimakrise zu vermeiden als die, die wir schon jetzt erleben. Wir müssen uns rasch entscheiden: Wollen wir weiter unsere Umwelt versauen und den Klimawandel anfeuern oder beginnen wir endlich, in großem Stil in Klimaschutz und eine gute Zukunft zu investieren.“ Dass dies auch volkswirtschaftlich der beste Weg ist, machte Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung deutlich, die die wirtschaftlichen Chancen und Vorteile einer klug gestalteten Energiewende aufzeigte. ●

awes 2020

Beste Infos beim
Online-AWES



Die neuen Schul- und Lernmaterialien der IGW

Neu präsentiert: die informativen Schul- und Lernmaterialien der IGW zum Thema saubere Energie. Die beiden Hefte „Auf geht’s mit der Energiewende in eine klimafreundliche Zukunft“ und „Wind for Future“ umfassen die Themen Klima, Energie und Energiewende sowie Wind und Windräder. Geeignet für fächerübergreifenden Unterricht von der 3. bis 6. Schulstufe.



Gratis zum Download auf
www.wilderwind.at

IG WINDKRAFT
Austrian Wind Energy Association



NACHRICHTEN AUS DEM BURGENLAND



Stephan Sharma
als **Vorstands-**
vorsitzender und
Reinhard Czerny als
Finanzvorstand sind
das **neue Führungs-**
duo der **Energie**
Burgenland.



NEUER VORSTAND FÜR DIE ENERGIE BURGENLAND

Mit 1. Jänner 2021 fanden in der Energie Burgenland die vom Aufsichtsrat lange geplanten Personalrochaden offiziell statt. Als neues Vorstandsduo wurden Stephan Sharma und Reinhard Czerny bestellt. Sharma (40), zuletzt Chef der Verbund Green Power, übernimmt die Funktion des Vorstandsvorsitzenden, Czerny (46), bisher General Manager bei IBM Österreich, wird Finanzvorstand. Sie folgen auf die langjährigen Vorstände Michael Gerbavsits und Alois Ecker. Mit der Bestellung von Sharma und Czerny verbindet das Land als 51%-Haupteigentümer des Energiekonzerns (49% hält die EVN-dominierte Burgenland Holding) hohe Erwartungen: Der Konzern ist heute Österreichs größter Erzeuger von Strom aus Windkraft, das soll „mittelfristig“ auch bei Photovoltaik geschafft werden. Aufsichtsratsvorsitzender Johann Sereinig gibt dem neuen Managerverspann das Ziel vor, deutliches Wachstum des Konzerns anzukurbeln und höhere Überschüsse zu erwirtschaften, um die Dividende für die Eigentümer zu steigern.

NEUE GESCHÄFTSFÜHRER FÜR WINDKRAFT UND FERNWÄRME

Wolfgang Trimmel ist nach neun Jahren aus dem Geschäftsführer-Duo der Energie Burgenland Windkraft GmbH ausgeschieden und hat mit 1. Oktober 2020 die Position des technischen Geschäftsführers der Netz Burgenland GmbH übernommen. Trimmel wurde auf fünf Jahre bestellt und wird gemeinsam mit Florian Pilz, der seit 2019 Geschäftsführer ist, das wichtige Energie-Infrastruktur-Unternehmen führen. Neben Klaus Maras wird künftig Tomasz Nowosielski, ein erfahrener Manager mit weitreichender Expertise, die Geschäftsführung der Energie Burgenland Windkraft GmbH und der Energie Burgenland Fernwärme GmbH innehaben. Überdies wurde Alexander Pultz, neben seiner aktuellen Geschäftsführerposition bei der Energie Burgenland Wärme und Service GmbH, als kooptierter Geschäftsführer der Energie Burgenland Windkraft GmbH bestellt.



Klaus Maras



Tomasz Nowosielski



Florian Pilz und
Wolfgang Trimmel
sollen als **Geschäftsführer**
der **Netz Burgenland GmbH**
für die **versorgungssichere**
Energie-Infrastruktur sorgen.



Alexander Pultz



BUNDESREGIERUNG ERHEBT EINSPRUCH GEGEN BURGENLÄNDISCHE WINDKRAFT- UND PV-ABGABE

In der Landtagssitzung vom 10. Dezember wurde eine Novellierung des burgenländischen Raumplanungsgesetzes beschlossen. Kurz vorher war noch eine neue Abgabe für Windkraft- und PV-Anlagen in das Gesetz eingeschleust worden, die im ursprünglichen Begutachtungsentwurf nicht enthalten war. Die neue Regelung sieht vor, dass Betreiber für jedes neue Windrad und jede neue PV-Anlage auf Freiflächen eine Abgabe zahlen müssen, die je zur Hälfte an die Gemeinde und an das Land gehen soll. Die Bundesregierung hat aber im Februar Einspruch gegen diese Raumplanungsnovelle erhoben. Die neue Abgabe wirke kontraproduktiv für die Errichtung und den Betrieb von Windkraft- und PV-Anlagen auf Freiflächen und stehe damit „im starken Gegensatz“ zum aktuellen Regierungsprogramm, hieß es in der Ministerratsvorlage. Magnus Brunner, Staatssekretär im Klimaministerium, erklärte dazu, Windkraft- und PV-Anlagen willkürlich Gebühren aufzuerlegen, deren Höhe völlig unbekannt sei und die jederzeit einseitig erhöht werden können, sei ein „völlig falscher Weg“. Damit würde das Ziel behindert, 100 % sauberen Strom bis 2030 zu erreichen. Der Ausgang dieser Angelegenheit ist noch nicht geklärt, da sowohl der Landes- als auch der Bundesregierung noch rechtliche Möglichkeiten offenstehen. „Jedenfalls ist dazu ein Dialog unter Einbindung von Land, Bund, Gemeinden und Windkraft- sowie PV-Betreibern dringend erforderlich“, bekräftigt IGW-Chef Stefan Moidl.



Ihr kompetenter Partner
in allen meteorologischen Belangen

Messung

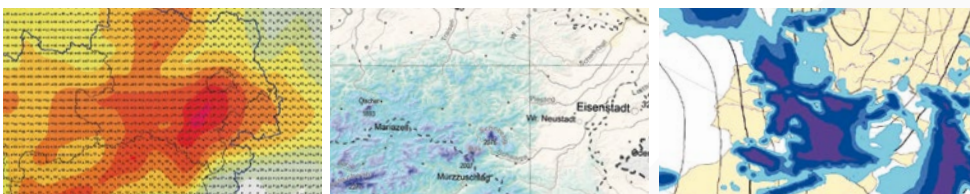
- Vertikalprofil mittels SODAR/RASS
- Wind, Turbulenz, Temperatur

Bewertung

- Ertragsgutachten und Optimierung
- Standsicherheit, Turbulenzintensität, Extremwind
- Eisansatz und Vereisungshäufigkeit
- Windpotenzial

Prognose

- Intra-Day, Day-Ahead und 7-Days
- Wind in Nabenhöhe
- Ertrag
- Vereisungspotenzial



ZAMG
Zentralanstalt für
Meteorologie und
Geodynamik

ERSTES

WINDRAD- FESTIVAL

IN ÖSTERREICH

Im Frühjahr 2021 geht das weltweit erste Musik-Festival auf einem Windrad über die Bühne. Da die Corona-Maßnahmen keinen Live-Act mit Publikum möglich machen, wollen wir der Kunstszene online wieder Gehör verschaffen. Und damit auch ein Zeichen für Klimaschutz setzen. Wie das vor sich geht? Auf einem Windrad werden angesagte DJs jeweils 1 Stunde Programm machen. Das Event wird aufgenommen, und zeitversetzt online zu euch nach Hause gestreamt, wo ihr dann relaxed abtanzen könnt.

FRÜHJAHR 2021

Super-Spezial-Preise
für den Remix-Contest
von djsound.at

1x Kursgutschein für DJ
oder Producing
5x 90 Min. im exklusiven
Einzelunterricht
Live Set Recording
inkl. Schnitt (Ton und Bild)

DJ SOUND
AUSTRIA
INSTITUTION OF ELECTRONIC MUSIC

„Manche Leute meinen, dass
Windräder laute Geräusche verursachen,
dabei war es wegen des Umgebungslärms
extrem schwierig, direkt unter einem Wind-
rad den Sound des Rotors aufzunehmen.“

Lukas Pawek
Organisator des
Windrad-Festivals und
des Remix-Contests



GEWINNE EINEN AUFTRITT BEIM WINDRAD-FESTIVAL

MIT DEM WINDRAD-REMIX-CONTEST

Noch bis 5. März könnt ihr beim **Windrad-Remix-Contest** euren **eigenen Remix hochladen** und damit **1.000 Euro** oder einen **Auftritt beim Festival gewinnen**.

Die IG Windkraft stellt Wind(rad)-Geräusche & Vocals zur Verfügung, die frei benützt werden können. Teilnehmen können elektronische Musikwerke mit deutlichem Wind(kraft)-Bezug. Die Gewinner*innen werden von einer Fachjury gekürt.

**Alle Infos & Downloads + ein Kurzvideo
zum Windrad-Sound findet ihr auf:
www.remix-contest.at**

Die **Fachjury**
für den Remix-
Contest besteht aus
Alexandra Augustin (FM4),
Camo & Krooked,
DELADAP,
Troy Savoy
und IGW.

Wir danken dem Hauptsponsor
des Windrad-Remix-Contest:

ECOwind
SOLAR- & WINDENERGIE



Wir danken den Sponsoren des Festivals:

Wicon
ENGINEERING

8.2 | The Experts in
Renewable Energy
8.2 Ingenieurbüro Windenergie Salzburg
DI Christof Flucher

Weitere Sponsoren sind willkommen!

FEBRUAR/MÄRZ 2021

MEHR INFOS ZU WINDRÄDERN UND SCHALL
www.windfakten.at/schall

Viel Wind... wenig Platz?

Standortspezifische Risikogutachten:

- Bewertung der Gefährdung durch Eisfall, Turmversagen und Blattbruch
- Optimierung der Anlagengröße in Hinblick auf Straßen, Bahnstrecken, Freileitungen, Öl- und Gasleitungen, etc.
- Risiko durch Anlagenbrände an bewaldeten Standorten

Als Juristin für die Anliegen der Windenergie will Stefanie Markut dazu beitragen, dass in unserer Welt positive Veränderungen passieren.



Porträt Wind-Menschen

**Die Frau, bei der die
Windkraft im Recht ist.**

Ganz klassisch gefragt: Wie bist du zur Windenergie gekommen?

Stefanie Markut: Ich bin geborene Oberösterreicherin aus Wels und bin in jungen Jahren nach Wien gegangen, um Jus zu studieren. Ich hab´ dann dort in einer Anwaltskanzlei gearbeitet, nach Abschluss meiner Rechtsanwaltsprüfung habe ich in eine Umweltrechtskanzlei gewechselt. Windräder haben mir immer schon sehr getaugt, und als ich dann die Ausschreibung der WEB Windenergie AG in Pfaffenschlag gelesen habe, habe ich gewusst: Das ist es. Das hat sich für mich damals aus vielerlei Gründen super getroffen.

Sag uns einige dieser Gründe.

Es ging in dem Job um Anlagengenehmigungen, mit denen ich schon Erfahrung hatte, und es ging um Windräder. Ich hatte vorher schon überlegt, aus Wien weg und vielleicht ins Waldviertel zu ziehen. Alles hat sich wunderbar gefügt. Mein Freund und ich haben uns dann tatsächlich ein Haus im Waldviertel gekauft und dort gewohnt.

Und jetzt bist du wieder in Oberösterreich zu Hause?

Ja, denn als dann unser zweites Kind unterwegs war, hatten mein Freund und ich den Wunsch, wieder in Wels zu wohnen. Ich hab´ damals schon befürchtet, meinen tollen Job bei der W.E.B kündigen zu müssen. Dann war aber die W.E.B so flexibel, dass wir vereinbart haben, ich arbeite zwei Tage in der Woche im Büro in Pfaffenschlag

und den Rest der Woche im Home-Office von zu Hause. Ich war also schon im Home-Office, bevor das so wie heute modern geworden ist. Und ich konnte erfreulicherweise meinen Job behalten.

Und wie klappt euer Familienleben mit dir als Pendlerin?

Mein größerer Sohn ist acht und mein jüngerer wird im Frühjahr vier. Wenn ich zu Hause bin, nimmt natürlich das Muttersein viel Zeit ein. Unser Vorteil ist: Mein Partner kann sich seine Zeit relativ frei einteilen, er hat Industriedesign studiert und arbeitet auch teilweise von zu Hause aus. Unser Lebensmodell, in dem ich Vollzeit arbeite und pendle, funktioniert deswegen so gut, weil mein Partner die Kinder fast immer in den Kindergarten und in die Schule bringt und sich um sie kümmert. Er ist damit einer der wenigen Väter, die derart aktiv in Erscheinung treten.

Du sagst, dass dir Windräder gefallen. Warst du auch schon auf einem oben?

Ja sicher, ich hab´ mich sogar abgeseilt, schade, dass ich das nicht öfter machen kann. Aber da rauf auf die Anlage, und dort oben die intensive Bewegung spüren, die Aussicht und den Weitblick genießen, und dann durch diese schmale Luke abseilen – das war ein wirklich spektakuläres Erlebnis. Es ist schon etwas Besonderes, wenn man diese Dinger, für die man die ganze Zeit arbeitet, aus nächster Nähe erlebt.

Dann erzähl uns doch jetzt, was genau deine Arbeit umfasst.

Als ich 2010 in der Rechtsabteilung der W.E.B angefangen habe, war ich zuerst einmal allein, die Abteilung wurde gerade erst gegründet. In der Zwischenzeit sind die W.E.B in Österreich und auch

unsere Unternehmenstöchter stark gewachsen. Heute umfasst die Rechtsabteilung für die gesamte W.E.B-Gruppe inklusive der Kolleginnen und Kollegen im Ausland elf Leute. Als Leiterin muss ich den Überblick haben und alles zusammenhalten, was sämtliche rechtliche Agenden betrifft. Und natürlich behalten wir generell die Entwicklung im Rechtsbereich für erneuerbare Energien im Auge.

Gutes Stichwort: Wie siehst du die Situation rund um das EAG?

Wir brauchen das EAG dringend. Wir haben ja nicht zum ersten Mal die Situation in Österreich, dass es wegen dem Herummäandern in der Gesetzgebung keine Investitionssicherheit gibt. Vor Jahren schon ist die W.E.B mit ihren Aktivitäten ins Ausland gegangen, weil die Unsicherheit im Inland zu groß war. Wenn das EAG noch lange aufgeschoben wird, wird Österreich im Ausbau der erneuerbaren Energien weiter an Boden verlieren und die EU-Ziele verfehlen. Dann aber würde Österreich in der Klimapolitik und bei den in Zukunft so wichtigen erneuerbaren Energien nicht vorne dabei sein, sondern weit hintennachhinken.

Was ist deine persönliche Motivation für deinen Job?

Es hat mich immer schon beschäftigt, dass es so, wie wir jetzt leben, nicht weitergehen kann. Und das ist auch die totale Motivation für mich, in diesem Bereich zu arbeiten. So wie wir jetzt leben, machen wir die Welt und uns selbst kaputt, das kann nicht gutgehen. Juristenjobs sind ja meistens nicht sehr innovativ, und ich wollte und will noch immer auch beruflich einen kleinen Teil dazu beitragen, dass in unserer Welt positive Veränderungen passieren. ●

Zur Person

Stefanie Markut ist Leiterin der Rechtsabteilung der gesamten W.E.B-Gruppe.

Der österreichweite Partner für die Vermarktung Ihrer Stromerzeugung aus Windkraft

NATURKRAFT bietet Ihnen die Möglichkeit, Ihre Stromerzeugung aus Windkraft am freien Markt zu verkaufen.

Neben hoher Flexibilität in der Vertragsgestaltung bietet Ihnen NATURKRAFT eine garantierte Abnahme zu attraktiven Preismodellen.

Dazu verfügt NATURKRAFT über ein langjähriges Know-how.

Als zuverlässiger Partner bietet Ihnen NATURKRAFT folgende Leistungen und Services:

- Erledigung sämtlicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Stromvermarktung in einem 24/7-Betrieb.
- Maßgeschneiderte Preisvarianten entsprechend dem Risikoappetit des Erzeugers.
- Regelung und Steuerung der Windkraftanlagen mit Vergütung der angefallenen Ausfallsarbeit.
- Energiewirtschaftliche Analysen und Monitoring der Marktentwicklung.
- Lieferung des Strombezuges aus dem öffentlichen Netz für den Kraftwerkseigenverbrauch.

Wenn Sie Interesse an einer optimalen Lösung für die Vermarktung Ihrer Stromerzeugung aus Windkraft haben, setzen Sie sich kostenlos und unverbindlich mit uns in Verbindung.

Ihr NATURKRAFT-Team

Energie

Nachrichten

● Greenpeace gewinnt Klimaklage gegen Staat Frankreich

Anfang Februar hat das Pariser Verwaltungsgericht einer von Greenpeace und anderen NGOs eingebrachten Klimaklage stattgegeben und damit eine historische Rechtsentscheidung für den Klimaschutz getroffen. Erstmals erkennt die französische Justiz an, dass die Untätigkeit des Staates Frankreich beim Klimaschutz rechtswidrig ist. Mit dieser Entscheidung wurde die Verantwortung des Staates dafür anerkannt, dass er seinen Verpflichtungen zur Senkung von Treibhausgasemissionen nicht im

notwendigen Ausmaß nachkommt. Das Gericht stellte fest, dass die staatlich gesetzten Klimaschutzmaßnahmen unzureichend sind, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Die Klage war vor zwei Jahren mit der Unterstützung von mehr als zwei Millionen Unterschriften beim Pariser Verwaltungsgericht eingebracht worden. Österreich weist wegen der jahrzehntelangen Untätigkeit des Staates eine ähnlich schlechte Klimabilanz wie Frankreich auf.

● Weltweit erster Windenergie-Hub in Dänemarks Nordsee

Andere Länder, andere Politik. Bis 2050 will Dänemark die Öl- und Gasförderung in der Nordsee beenden und ver gibt daher auch keine neuen Lizenzen. Ein weiterer Meilenstein der dänischen Energiewende ist die Anfang Februar getroffene Entscheidung, einen Windenergie-Hub zu errichten, der im Voll-

ausbau 10 GW Gesamtkapazität umfassen und den Stromverbrauch von 10 Millionen Haushalten bedienen wird. Der Energie-Hub wird auf einer künstlichen Insel 80 Kilometer vor der Westküste Jütlands gebaut – ein Kraftwerk, das die Stromerzeugung von mehreren Hunderten Offshore-Windkraftwerken rund um die Insel sammelt und an Länder rund um die Nordsee liefert.

Der dänische Klimaminister Dan Jørgensen sagte: „Mit diesem neuartigen Kraftwerkskonzept machen wir einen riesigen Schritt in die Zukunft. Es ist der Beginn einer neuen Ära der nachhaltigen Energieerzeugung – nicht nur in Dänemark, sondern weltweit. Unser Projekt verbindet überaus ambitionierte Klimaziele mit Wirtschaftswachstum und Green Jobs.“ Mit einer Investitionssumme von 28 Milliarden Euro wird der Energie-Hub das größte Bauprojekt in der Geschichte Dänemarks sein



Auf einer künstlichen Insel errichtet wird der Energie-Hub Strom von Hunderten Offshore-Windkraftwerken sammeln und an Länder rund um die Nordsee liefern.

● Palfinger-Krane bei erstem Offshore-Projekt in Frankreich

Vor der Küste der Normandie entsteht der erste französische Offshore-Windpark. Das Projekt Fécamp umfasst 71 Windkraftwerke, die Strom für mehr als 770.000 Menschen liefern werden. Mit dabei ist das Salzburger Paradeunternehmen Palfinger, das 71 seiner Davit-Krane vor Ort installiert. Diese werden zuerst bei der Errichtung und Inbetriebnahme, später dann für routinemäßige Inspektions- und Wartungsarbeiten an den Windrädern im Einsatz sein. Die ersten Krane werden im Mai 2021 geliefert, der Windpark selbst soll im Jahr 2023 in Betrieb gehen.

PROFESSIONAL

PROFES

ENERGYSERVICES

ERNEUERBARE
ENERGIEN

WINDENERGIE
PHOTOVOLTAIK

PROFESSIONAL ENERGY SERVICES GMBH
A-1160 WIEN • LERCHENFELDER GÜRTEL 55A/1
TEL +43 (0)1 486 80 80-0 • FAX +43 (0)1 486 80 80-99
OFFICE@PROFES.AT

TECHNISCHES BÜRO

efficient
renewable
energy



● Erneuerbare kein Grund für Fast-Blackout beim Strom

Am 8. Jänner 2021 kam es durch einen plötzlichen Frequenzabfall fast zu einem europaweiten großflächigen Stromausfall (Blackout). Prompt versuchten die Blockierer der Energiewende, den erneuerbaren Energien und ihrer flexiblen Stromeinspeisung die Schuld an diesem Vorfall anzuhängen – mit der durchschaubaren Absicht, neue Gaskraftwerke gefördert zu bekommen. Doch schon wenige Tage später stellte der österreichische Übertragungsnetzbetreiber Austrian Power Grid unmissverständlich klar: „Die Energiewende bzw. die Erneuerbaren Energieträger stehen aus heutiger Sicht in keinem Zusammenhang mit den Geschehnissen vom 8.1.2021.“ Auslöser war vielmehr eine „Kaskade“ von Ausfällen mehrerer Betriebsmittel (Stromleitungen, Schaltanlagen) in Südosteuropa. Durch das

automatisch ausgelöste Eingreifen aller europäischen Übertragungsnetzbetreiber konnte die Frequenz rasch stabilisiert und wieder auf das normale Betriebsniveau zurückgeführt werden.

● Generationenwechsel beim Verein Energiewerkstatt

Nach über 30 Jahren unermüdlichen Engagements an der Spitze des Vereins Energiewerkstatt wechselt Hans Winkelmeier von der Geschäftsführung in die Rolle des Senior Consultant. Seine langjährigen Mitarbeiter Andreas Krenn und Thomas Wölfler werden als Geschäftsführer-Tandem gemeinsam den Verein Energiewerkstatt leiten. Hans Winkelmeier war lange Jahre auch Obmann der IG Windkraft und gilt als der „Erfinder des Windes“ in Österreich, da er schon in den 1990er Jahren das enorme Potenzial der Windenergie für die Stromproduktion erforscht hat. ●



● Noch immer voller Elan übergibt Hans Winkelmeier (Mitte) die Geschäftsführung des Vereins Energiewerkstatt an Andreas Krenn (links) und Thomas Wölfler (rechts).



- Due Diligence von Windparks und PV-Anlagen
- Technische Beratung und Prüfungen aller Art
- Schadens- und Wertgutachten
- Bewertung und Prüfung zum Weiterbetrieb (BPW)
- Zustandsorientierte und wiederkehrende Prüfung
- Werks- und Garantieabnahme
- Bauüberwachung
- Videoendoskopie
- Schwingungsanalyse
- Online-Condition-Monitoring (CMS)
- Fundamentkontrolle
- Rotorblattprüfungen
- Unterstützung bei Vertragsverhandlungen
- Consulting Offshore

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25 MEDIENGESETZ

windenergie  Nr. 99 – Februar 2021

Blattlinie: Informationen über Nutzen und Nutzung der Windenergie und anderer Formen erneuerbarer Energie

Medieninhaber und Herausgeber: Interessengemeinschaft Windkraft, Wienerstraße 19, A-3100 St. Pölten, Tel: 02742 / 21955, Fax: 02742 / 21955-5
E-Mail: igw@igwindkraft.at, Internet: www.igwindkraft.at

Erscheinungsort und Verlagspostamt: 3100 St. Pölten

Aufgabepostämter: 1150 Wien, 1000 Wien; P.b.b.

Redaktion: Mag. Gerhard Scholz, Mag. Stefan Moidl, Mag. Martin Jaksch-Fliegenschnee, Ing. Lukas Pawek

Produktion: Mag. Gerhard Scholz

Art Direction: Levent Tarhan (www.atelier-lev.com)

Druck: Gugler GmbH, Melk, www.gugler.at

DVR: 075658 © IG Windkraft / Alle Rechte vorbehalten.

Hergestellt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“. Gugler GmbH, UWNr. 609

Fotos: 1 Tamero / Adobe Stock 2 Astrid Knie | rinitka / 123rf 3 M.studio / Thinapob / exclusive-design / Matthias Buehner (alle Adobe Stock) 6 Paul Grecaud / 123rf | Aliona Stepaniuk / 123rf 8 Vaclav Volrab / 123rf 10-11 Arthon / Adobe Stock | bluedesign / Adobe Stock | GE Wind 12-13 Delphotostock / Adobe Stock 14 Sergey Tinyakov / shutterstock | Romolo Tavani / Adobe Stock 15 AWES 16-17 Energie Burgenland (6) | Franz Weinhofer 18 DisobeyArt / Adobe Stock | Astrid Knie 20 WEB Windenergie AG 22-23 Danish Energy Agency | Verein Energiewerkstatt



8.2 Ingenieurbüro Windenergie

DI Christof Flucher
Joh.-Freumbichler-Weg 3
5020 Salzburg
T +43 664 405 36 87
F +43 662 64 98 42
christof.flucher@8p2.at

8.2 Group e. V.

Burchardstr. 17
20095 Hamburg
T +49 40 22 86 45 69
info@8p2.de

IG WINDKRAFT
IN DEN SOZIALEN
MEDIEN

facebook
facebook.com/igwindkraft

twitter
twitter.com/igwindkraft

Instagram
instagram.com/igwindkraft



Naturschutzfachliche Erhebungen und Fachbeiträge

EWS Expert*innen auf Augenhöhe mit Fauna & Flora.

Planen Sie jetzt notwendige Felduntersuchungen und schaffen Sie rechtzeitig eine gute Datenbasis für Ihr Projekt. Egal, ob im flachen Nordburgenland oder im alpinen Gelände, mit unserem Know-how sind Sie für das Bewilligungsverfahren bestens gewappnet.

EWS – Ihre Partnerin für Nachhaltigkeit und Naturverträglichkeit.